clc96000420
(cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 366 9	567	37	HD8443.D43 (1929-1948) no. 1-37
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 367 0	568A	9	HD 8443.D43 (1928-1942) no. 1-9
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 368 2	568B	7	HD 8443.D43 no. 10-16
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 369 4	569	10	HD 8443.D43 (1936-1949) no. 1-10
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 370 0	570	11	HD 8443.D43 (1936-1942) no. 1-11
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 371 2	571	16	HD 8443.D43 (1938-1949) no. 1-16
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 372 4	572	10	HD8443.D43 (1938-1949) no 1-10
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 373 6	573	65	HD8443.D43 (1933-1948) no. 1-65

X Collection

INDEX

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 374 8	574	34	HD8443.D43(1942-1947) no.1-34
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 375 A	575A	34	HD8443.D43(1933-1942) no.1-34
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 376 1	575B	14	HD8443.D43(1943-1951) no.35-48
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 377 3	576A	12	no.6,8-9 are oversize box HD8443.D43 (1934-1942) no.1-15
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 378 5	576B	7	HD8443.D43 (1943-1947) no.16-22
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 379 7	577	99	HD8443.F7-HD8526

K-HD8443
.F7

F·D·G·B

FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

#1

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 1
August 1945

Die historischen Beschlüsse der Berliner Konferenz
Keine Versklavung des deutschen Volkes
Mittlerer europäischer Lebensstandard uns zugesichert
Die Zukunft Deutschlands liegt in unserer Hand

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 tagte in Berlin eine Konferenz der Staatsoberhäupter der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs. Die Beschlüsse der Konferenz sind von historischer Bedeutung, jeder muß sie kennen.

I. Was hätte als Folge der deutschen totalen Niederlage eintreten können?

„Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben."
(Berliner Konferenz.)

Unsere militärische Niederlage ist so unbestreitbar wie unsere Verantwortung. Angesichts der Tatsache, daß das deutsche Volk zweimal innerhalb einer Generation andere Völker überfiel und ausplünderte und diesmal besondere Grausamkeiten in allen europäischen Ländern durch die SS.-Banditen und die Wehrmacht zuließ, wäre begreiflich gewesen, wenn die Sieger nun, nach 6 Jahren erbitterten Kampfes, Gleiches mit Gleichem vergolten hätten. Sie taten es nicht! **Die Beschlüsse offenbaren eine Großmut, die wir rückhaltlos anerkennen.**

In der Konferenz wurde erklärt:

„Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. **Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen."**

X-HD8443
.F7
#2

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 1
August 1945

Die historischen Beschlüsse der Berliner Konferenz
Keine Versklavung des deutschen Volkes
Mittlerer europäischer Lebensstandard uns zugesichert
Die Zukunft Deutschlands liegt in unserer Hand

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 tagte in Berlin eine Konferenz der Staatsoberhäupter der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs. Die Beschlüsse der Konferenz sind von historischer Bedeutung, jeder muß sie kennen.

I. Was hätte als Folge der deutschen totalen Niederlage eintreten können?

„Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es auf sich geladen hat, indem seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis das deutsche Wirtschaftsleben zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben."
(Berliner Konferenz.)

Unsere militärische Niederlage ist so unbestreitbar wie unsere Verantwortung. Angesichts der Tatsache, daß das deutsche Volk zweimal innerhalb einer Generation andere Völker überfiel und ausplünderte und diesmal besondere Grausamkeiten in allen europäischen Ländern durch die SS.-Banditen und die Wehrmacht zuließ, wäre begreiflich gewesen, wenn die Sieger nun, nach 6 Jahren erbitterten Kampfes, Gleiches mit Gleichem vergolten hätten. Sie taten es nicht! **Die Beschlüsse offenbaren eine Großmut, die wir rückhaltlos anerkennen.**

In der Konferenz wurde erklärt:

„Die Alliierten sind nicht gewillt, das deutsche Volk zu vernichten oder in Sklaverei zu stürzen. Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volk eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen. **Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.**"

X-HD 8443
.F7
#3

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

Schulungs- und Referentenmaterial Ausgabe Nr. 2
Sept. 1945

Die Gewerkschaftseinheit und unsere Zukunft

Einleitung

Die endgültige Niederwerfung auch des letzten der faschistischen Angreiferstaaten, Japan, und damit die Beendigung der Periode des Krieges, die Überleitung der Weltwirtschaft von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, hat tiefgehende Veränderungen in den staatlichen Verhältnissen und den Klassenbeziehungen innerhalb der Gesellschaft zur Folge. Die Entwicklung wird vom Grad des politischen Bewußtseins und der Organisierung der Arbeiterschaft stark beeinflußt.

Bei der Lösung der Nachkriegsprobleme werden die Gewerkschaften in jedem Lande große Aufgaben zu erfüllen haben, da der Kampf um die unausbleibliche soziale Neuordnung überall scharfe Formen annehmen wird.

Deshalb ist für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die bewußt eine fortschrittliche Entwicklung fördern und die Wege in eine bessere Zukunft ebnen wollen, von größter Bedeutung, daß sie alle Fragen, die mit der Gewerkschaftseinheit zusammenhängen, in ihrer Bedeutung richtig sehen.

I. Was lehrt uns die geschichtliche Erfahrung?

1. Daß im vorigen Jahrhundert die Arbeiterschaft ihre Lage richtig erfaßte, als sie sich gegen die wachsende kapitalistische Ausbeutung zuerst in beruflichen Organisationen zusammenschloß und daraus eine mächtige, breite Gewerkschaftsbewegung entwickelte, die sie vor der wachsenden Verelendung schützen sollte. **In dieser Periode haben die Gewerkschaften Großes geleistet** in der Entwicklung des Klassenbewußtseins breiter Schichten, in der Führung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Unterstützung ihrer politischen Kämpfe.

2. So sehr nun diese Gewerkschaftsbewegung in die Breite ging, so sehr mangelte es an einer klaren, einheitlichen Ideologie, obwohl die fortschrittlichsten Kräfte sich stützen konnten auf die wissenschaftlichen Lehren der Begründer des Sozialismus, Marx und Engels, und über eine Anzahl fähiger Kräfte verfügten,

X-HD8443
F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

#4

Schulungs- und Referentenmaterial Ausgabe Nr. 2
Sept. 1945

Die Gewerkschaftseinheit und unsere Zukunft

Einleitung

Die endgültige Niederwerfung auch des letzten der faschistischen Angreiferstaaten, Japan, und damit die Beendigung der Periode des Krieges, die Überleitung der Weltwirtschaft von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, hat tiefgehende Veränderungen in den staatlichen Verhältnissen und den Klassenbeziehungen innerhalb der Gesellschaft zur Folge. Die Entwicklung wird vom Grad des politischen Bewußtseins und der Organisierung der Arbeiterschaft stark beeinflußt.

Bei der Lösung der Nachkriegsprobleme werden die Gewerkschaften in jedem Lande große Aufgaben zu erfüllen haben, da der Kampf um die unausbleibliche soziale Neuordnung überall scharfe Formen annehmen wird.

Deshalb ist für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die bewußt eine fortschrittliche Entwicklung fördern und die Wege in eine bessere Zukunft ebnen wollen, von größter Bedeutung, daß sie alle Fragen, die mit der Gewerkschaftseinheit zusammenhängen, in ihrer Bedeutung richtig sehen.

I. Was lehrt uns die geschichtliche Erfahrung?

1. Daß im vorigen Jahrhunndert die Arbeiterschaft ihre Lage richtig erfaßte, als sie sich gegen die wachsende kapitalistische Ausbeutung zuerst in beruflichen Organisationen zusammenschloß und daraus eine mächtige, breite Gewerkschaftsbewegung entwickelte, die sie vor der wachsenden Verelendung schützen sollte. **In dieser Periode haben die Gewerkschaften Großes geleistet** in der Entwicklung des Klassenbewußtseins breiter Schichten, in der Führung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Unterstützung ihrer politischen Kämpfe.

2. So sehr nun diese Gewerkschaftsbewegung in die Breite ging, so sehr mangelte es an einer klaren, einheitlichen Ideologie, obwohl die fortschrittlichsten Kräfte sich stützen konnten auf die wissenschaftlichen Lehren der Begründer des Sozialismus, Marx und Engels, und über eine Anzahl fähiger Kräfte verfügten,

X-HD8443
.F7
#5

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 3
Mitte Sept. 1945

Gewerkschaften und Mitbestimmungsrecht in der Produktion

Einleitung

Die Vereinten Nationen haben durch ihren eindeutigen militärischen Sieg den Hitlerschen Gewaltstaat zerbrochen; augenblicklich gibt es keinen deutschen Staat und keine Verfassung. Der neue Staat, der an Haupt und Gliedern grundlegend neu gestaltet werden muß, ist erst in der Entstehung begriffen, ebenso die neue Verfassung.

Der neue Staat hat eine kapitalistische Wirtschaft und eine politische demokratische Ordnung. Das entspricht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen. Doch hat die heutige kapitalistische Wirtschaft zwei Besonderheiten, die sie von der Weimarer Zeit unterscheidet. Die Kartelle und Monopole sind teilweise zerschlagen, die Reste müssen von den Antifaschisten im Betrieb beseitigt werden, damit sie nicht mehr die Politik beeinflussen können. Dann haben die Werktätigen heute die Möglichkeit, in den Selbstverwaltungsorganen ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, und die Gewerkschaften erstreben durch das Mitbestimmungsrecht Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung.

Was für eine Stellung die Gewerkschaften in diesem neuen Staat einnehmen, hängt von der Fähigkeit der Gewerkschaften ab, wie sie die Probleme des Wiederaufbaues meistern, wie die Arbeiter es verstehen, ihre Kräfte zu einer großen einheitlichen Kraft zusammenzufassen.

Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe erkannt, sie haben mit als erste den Wiederaufbau energisch in ihre Hände genommen und damit auch die Verantwortung, als gleichberechtigter Faktor in der Produktion aufzutreten. **Sie wollen gleichberechtigt mitwirken bei der Gestaltung der Wirtschaft und den sozialen Bedingungen.**

X-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61–65

#6

Schulungs- und Referentenmaterial Ausgabe Nr. 3
Mitte Sept. 1945

Gewerkschaften und Mitbestimmungsrecht in der Produktion

Einleitung

Die Vereinten Nationen haben durch ihren eindeutigen militärischen Sieg den Hitlerschen Gewaltstaat zerbrochen; augenblicklich gibt es keinen deutschen Staat und keine Verfassung. Der neue Staat, der an Haupt und Gliedern grundlegend neu gestaltet werden muß, ist erst in der Entstehung begriffen, ebenso die neue Verfassung.

Der neue Staat hat eine kapitalistische Wirtschaft und eine politische demokratische Ordnung. Das entspricht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen. Doch hat die heutige kapitalistische Wirtschaft zwei Besonderheiten, die sie von der Weimarer Zeit unterscheidet. Die Kartelle und Monopole sind teilweise zerschlagen, die Reste müssen von den Antifaschisten im Betrieb beseitigt werden, damit sie nicht mehr die Politik beeinflussen können. Dann haben die Werktätigen heute die Möglichkeit, in den Selbstverwaltungsorganen ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, und die Gewerkschaften erstreben durch das Mitbestimmungsrecht Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung.

Was für eine Stellung die Gewerkschaften in diesem neuen Staat einnehmen, hängt von der Fähigkeit der Gewerkschaften ab, wie sie die Probleme des Wiederaufbaues meistern, wie die Arbeiter es verstehen, ihre Kräfte zu einer großen einheitlichen Kraft zusammenzufassen.

Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe erkannt, sie haben mit als erste den Wiederaufbau energisch in ihre Hände genommen und damit auch die Verantwortung, als gleichberechtigter Faktor in der Produktion aufzutreten. **Sie wollen gleichberechtigt mitwirken bei der Gestaltung der Wirtschaft und den sozialen Bedingungen.**

X-HD8443
F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61–65

#7

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 4
16. Sept. 1945

Bündnis zwischen Stadt und Land

Die Gewerkschaften helfen den Bauern

Einleitung

Die Landarbeiter, kleinen Bauern und Pächter sind gegenwärtig dabei, eine große Aufgabe durchzuführen, das Land den Junkern, Fürsten, Grafen und Baronen zu nehmen und in die Hände der Bauern zu überführen. Sie beenden damit eine Aufgabe, die seit Jahrhunderten auf der Tagesordnung steht.

In unzähligen Versammlungen haben die Bauern zu der neuen Bodenreform Stellung genommen, dazu haben sich alle antifaschistischen Parteien bekannt, auch die freien Gewerkschaften unterstützen den Kampf der Bauern. Von den Parteien gebührt der Kommunistischen Partei das historische Verdienst, als erste die Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt und gestellt zu haben.

Durch die neue Bodenreform erhält unsere Landwirtschaft eine neue Grundlage, dadurch wird verhindert, daß die reaktionären Kräfte der Junker unsere Ernährungswirtschaft sabotieren, Felder brachliegen lassen und einer mächtigen Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktion hemmend im Wege stehen.

Es geht aber auch um die Sicherung der Demokratie, denn die sehr machtbewußte, rein feudal-mittelalterlich eingestellte Junkerkaste beherrschte in den letzten hundert Jahren in steigendem Maße das politische und kulturelle Leben Deutschlands, in dem sie das ganze Leben mit ihren antidemokratischen und volksfeindlichen Ideen durchtränkte.

Ohne diese lebendige Anteilnahme der Landarbeiter, der kleinen Bauern, der Pächter und Umsiedler wäre es nie zu der Bodenreform

X-HD8443
F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61–65

#8

Schulungs- und Referentenmaterial Ausgabe Nr. 4
16. Sept. 1945

Bündnis zwischen Stadt und Land

Die Gewerkschaften helfen den Bauern

Einleitung

Die Landarbeiter, kleinen Bauern und Pächter sind gegenwärtig dabei, eine große Aufgabe durchzuführen, das Land den Junkern, Fürsten, Grafen und Baronen zu nehmen und in die Hände der Bauern zu überführen. Sie beenden damit eine Aufgabe, die seit Jahrhunderten auf der Tagesordnung steht.

In unzähligen Versammlungen haben die Bauern zu der neuen Bodenreform Stellung genommen, dazu haben sich alle antifaschistischen Parteien bekannt, auch die freien Gewerkschaften unterstützen den Kampf der Bauern. Von den Parteien gebührt der Kommunistischen Partei das historische Verdienst, als erste die Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt und gestellt zu haben.

Durch die neue Bodenreform erhält unsere Landwirtschaft eine neue Grundlage, dadurch wird verhindert, daß die reaktionären Kräfte der Junker unsere Ernährungswirtschaft sabotieren, Felder brachliegen lassen und einer mächtigen Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktion hemmend im Wege stehen.

Es geht aber auch um die Sicherung der Demokratie, denn die sehr machtbewußte, rein feudal-mittelalterlich eingestellte Junkerkaste beherrschte in den letzten hundert Jahren in steigendem Maße das politische und kulturelle Leben Deutschlands, in dem sie das ganze Leben mit ihren antidemokratischen und volksfeindlichen Ideen durchtränkte.

Ohne diese lebendige Anteilnahme der Landarbeiter, der kleinen Bauern, der Pächter und Umsiedler wäre es nie zu der Bodenreform

X-HD8443
Fr

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

#9

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 5
Mitte Okt. 1945

Betriebsräte und Wiederaufbau

I. **Die Entwicklung der Betriebsräte.**
II. **Die neuen Aufgaben der Betriebsräte.**
III. **Verordnung über die Bildung vorläufiger Betriebsräte, ihre Rechte und Aufgaben (Vorschläge der Betriebsrätekonferenz von Erfurt).**
IV. **Vorschlag des Berliner Metallarbeiter-Verbandes über eine betriebliche Vereinbarung.**
V. **Ergänzende Vorschläge.**
VI. **Die Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte.**

Einleitung

Sechs Monate sind seit Kriegsende in Deutschland verflossen. In dieser Zeit ist der Wiederaufbau ein großes Stück vorwärtsgekommen, mit Hilfe der Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte, die selbstlos und uneigennützig, an die allgemeinen Interessen des Volkes denkend, den Kampf gegen die phantastisch erscheinenden Schwierigkeiten aufnahmen. Sie haben sich dadurch das Recht erworben, künftig ein entscheidendes Wort bei dem weiteren Aufbau des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens mitzusprechen.

Viele Belegschaften der Berliner Betriebe haben ihren Willen bekundet, die Verantwortung zu übernehmen, aber sie wollen auch, daß ihre Rechte und Pflichten gesetzlich geregelt werden. Sie wollen ein neues Betriebsräterecht, ein neues Arbeitsrecht, das sich von dem der Weimarer Zeit so unterscheidet, wie sich die heutige Demokratie von der früheren unterscheidet und das die bedeutendere Stellung berücksichtigt, die die Gewerkschaften im Leben der Nation einnehmen.

Noch sind nicht alle Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, geklärt; deshalb soll die folgende Übersicht und die bis jetzt vorliegenden wichtigsten Materialien dazu führen, zu endgültigen Vorschlägen zu kommen.

Es ist Zeit, das neue Arbeitsrecht zum Gesetz zu erheben.

X-HD8443
F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61–65

#10

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 5
Mitte Okt. 1945

Betriebsräte und Wiederaufbau

I. Die Entwicklung der Betriebsräte.
II. Die neuen Aufgaben der Betriebsräte.
III. Verordnung über die Bildung vorläufiger Betriebsräte, ihre Rechte und Aufgaben (Vorschläge der Betriebsrätekonferenz von Erfurt).
IV. Vorschlag des Berliner Metallarbeiter-Verbandes über eine betriebliche Vereinbarung.
V. Ergänzende Vorschläge.
VI. Die Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte.

Einleitung

Sechs Monate sind seit Kriegsende in Deutschland verflossen. In dieser Zeit ist der Wiederaufbau ein großes Stück vorwärtsgekommen, mit Hilfe der Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte, die selbstlos und uneigennützig, an die allgemeinen Interessen des Volkes denkend, den Kampf gegen die phantastisch erscheinenden Schwierigkeiten aufnahmen. Sie haben sich dadurch das Recht erworben, künftig ein entscheidendes Wort bei dem weiteren Aufbau des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens mitzusprechen.

Viele Belegschaften der Berliner Betriebe haben ihren Willen bekundet, die Verantwortung zu übernehmen, aber sie wollen auch, daß ihre Rechte und Pflichten gesetzlich geregelt werden. Sie wollen ein neues Betriebsräterecht, ein neues Arbeitsrecht, das sich von dem der Weimarer Zeit so unterscheidet, wie sich die heutige Demokratie von der früheren unterscheidet und das die bedeutendere Stellung berücksichtigt, die die Gewerkschaften im Leben der Nation einnehmen.

Noch sind nicht alle Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, geklärt; deshalb soll die folgende Übersicht und die bis jetzt vorliegenden wichtigsten Materialien dazu führen, zu endgültigen Vorschlägen zu kommen.

Es ist Zeit, das neue Arbeitsrecht zum Gesetz zu erheben.

X-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

#11

Schulungs- und Referentenmaterial Ausgabe Nr. 6
15. Nov. 1945

Demokratische Schulreform und Gewerkschaften

Einleitung

„Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des Militarismus" fordert der Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin. Damit erklärt sich der FDGB. bewußt zum tätigen Erzieher des deutschen Volkes. Diese Verpflichtung erstreckt sich nicht nur auf die Umerziehung der organisierten Gewerkschaftler, sondern auch auf die Mitarbeit beim Aufbau der neuen Schule. Durch die Arbeit an der Jugend bauen wir das neue demokratische Deutschland.

Die neuen „Freien Gewerkschaften" wissen, daß in der Schule in den letzten Jahrhunderten der preußisch-militaristische Geist vorherrschte, daß selbst die Weimarer Republik diesen verderblichen Geist nicht ausrottete, daß Hitler diesen Geist auch in der Schule auf die höchste Spitze trieb und vor uns eine wahrhaft nationale Aufgabe steht; **eine neue Schule zu schaffen, die demokratische Schulreform durchzuführen.**

Die Gewerkschaften haben ein elementares Interesse daran, daß ein neuer fortschrittlicher Geist durch die Schulen zieht, sie sind am lebhaftesten daran interessiert, daß Millionen Arbeiterkinder zu freiheitlich denkenden Menschen erzogen werden. Deshalb nehmen wir an den neuen Schulproblemen lebhaftesten Anteil.

Unserem „Verband der Lehrer und Erzieher" erwächst hier eine große Aufgabe: In dieser Schulbewegung führend zu sein bei der Herausstellung der großen Ziele, um die seit Jahrzehnten die besten und größten Demokraten und Erzieher gerungen haben, und sich für ihre jetzige Verwirklichung einzusetzen. Der Verband der Lehrer und Erzieher im FDGB. soll als Vortrupp aktive Kräfte sammeln, Mitstreiter aber sind alle im FDGB.

X-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

#12

Schulungs- und Referentenmaterial

Ausgabe Nr. 6
15. Nov. 1945

Demokratische Schulreform und Gewerkschaften

Einleitung

„Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des Militarismus" fordert der Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin. Damit erklärt sich der FDGB. bewußt zum tätigen Erzieher des deutschen Volkes. Diese Verpflichtung erstreckt sich nicht nur auf die Umerziehung der organisierten Gewerkschaftler, sondern auch auf die Mitarbeit beim Aufbau der neuen Schule. Durch die Arbeit an der Jugend bauen wir das neue demokratische Deutschland.

Die neuen „Freien Gewerkschaften" wissen, daß in der Schule in den letzten Jahrhunderten der preußisch-militaristische Geist vorherrschte, daß selbst die Weimarer Republik diesen verderblichen Geist nicht ausrottete, daß Hitler diesen Geist auch in der Schule auf die höchste Spitze trieb und vor uns eine wahrhaft nationale Aufgabe steht; **eine neue Schule zu schaffen, die demokratische Schulreform durchzuführen.**

Die Gewerkschaften haben ein elementares Interesse daran, daß ein neuer fortschrittlicher Geist durch die Schulen zieht, sie sind am lebhaftesten daran interessiert, daß Millionen Arbeiterkinder zu freiheitlich denkenden Menschen erzogen werden. Deshalb nehmen wir an den neuen Schulproblemen lebhaftesten Anteil.

Unserem „Verband der Lehrer und Erzieher" erwächst hier eine große Aufgabe: In dieser Schulbewegung führend zu sein bei der Herausstellung der großen Ziele, um die seit Jahrzehnten die besten und größten Demokraten und Erzieher gerungen haben, und sich für ihre jetzige Verwirklichung einzusetzen. Der Verband der Lehrer und Erzieher im FDGB. soll als Vortrupp aktive Kräfte sammeln, Mitstreiter aber sind alle im FDGB.

X-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61–65

#113

Schulungs- und Referentenmaterial
Ausgabe Nr. 7 15. Dezember 1945

Frauen und Gewerkschaften

I. Die Initiative der Frauen

Unser Volk sucht sich mühsam den Weg aus der größten Katastrophe seiner Geschichte. Dieser Weg ist schwer — unser Leben hart. Die Hitler und Ley haben uns alles genommen, uns bettelarm gemacht. Uns fehlen nicht nur Kohlen und Nahrung, uns fehlen warme Stoffe, Nähnadeln und Zwirn. Und in dieser schweren Lage haben die Frauen den Kampf aufgenommen für ihre Kinder, für unsere Zukunft. „Rettet die Kinder!", diese Aktion hat die Kräfte der Frauen mobilisiert, hier entfalten sie

eine prachtvolle Initiative.

Waren es vorwiegend antifaschistische Männer, die nach der Niederwerfung des Nazismus die Betriebe durch eine große Initiative wieder in Gang brachten, so sind es jetzt vorwiegend Frauen, die durch ihre erwachte Aktivität die Aktion tragen. **Sie überwinden die seelischen Bedrückungen und die Passivität der Vergangenheit und wenden sich dem neuen Leben zu, getragen von neuer Hoffnung.**

Die Frauen sind die Mehrheit unseres Volkes und damit eine große gesellschaftliche Kraft, selbst wenn sich Millionen Frauen dessen nicht bewußt sind. Unsere Aufgabe ist es, dieses Bewußtsein zu entwickeln, **damit die Millionen Frauen eine starke Kraft des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie werden,** damit sich niemals wieder eine solche Katastrophe für unser Volk wiederholen kann.

Die besten Frauen unseres Volkes haben diese Aufgabe erkannt und in Angriff genommen, sie haben sich organisiert und in allen Orten **Frauenausschüsse** gebildet, denen Vertreterinnen der vier antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Jugend angehören. Der Zentrale Frauenausschuß beim Magistrat der Stadt

X-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C 2, WALLSTRASSE 61 – 65

Schulungs- und Referentenmaterial
Ausgabe Nr. 7 15. Dezember 1945

#14

Frauen und Gewerkschaften

I. Die Initiative der Frauen

Unser Volk sucht sich mühsam den Weg aus der größten Katastrophe seiner Geschichte. Dieser Weg ist schwer — unser Leben hart. Die Hitler und Ley haben uns alles genommen, uns bettelarm gemacht. Uns fehlen nicht nur Kohlen und Nahrung, uns fehlen warme Stoffe, Nähnadeln und Zwirn. Und in dieser schweren Lage haben die Frauen den Kampf aufgenommen für ihre Kinder, für unsere Zukunft. „Rettet die Kinder!", diese Aktion hat die Kräfte der Frauen mobilisiert, hier entfalten sie

eine prachtvolle Initiative.

Waren es vorwiegend antifaschistische Männer, die nach der Niederwerfung des Nazismus die Betriebe durch eine große Initiative wieder in Gang brachten, so sind es jetzt vorwiegend Frauen, die durch ihre erwachte Aktivität die Aktion tragen. **Sie überwinden die seelischen Bedrückungen und die Passivität der Vergangenheit und wenden sich dem neuen Leben zu, getragen von neuer Hoffnung.**

Die Frauen sind die Mehrheit unseres Volkes und damit eine große gesellschaftliche Kraft, selbst wenn sich Millionen Frauen dessen nicht bewußt sind. Unsere Aufgabe ist es, dieses Bewußtsein zu entwickeln, **damit die Millionen Frauen eine starke Kraft des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie werden,** damit sich niemals wieder eine solche Katastrophe für unser Volk wiederholen kann.

Die besten Frauen unseres Volkes haben diese Aufgabe erkannt und in Angriff genommen, sie haben sich organisiert und in allen Orten **Frauenausschüsse** gebildet, denen Vertreterinnen der vier antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Jugend angehören. Der Zentrale Frauenausschuß beim Magistrat der Stadt

X-HD8443
F7
#15

F·D·G·B

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Gross-Berlin

Berlin C 2, Wallstraße 61-65 — Fernruf: 67 00 14

Mitteilungen

an alle Funktionäre, Leitungen und Gewerkschaftsausschüsse

Inhalt

I. Mitteilung des Vorstandes des FDGB. Berlin.
II. Sichert die Einheit in den Betrieben. Grundsätze und Aufgaben der Freien Gewerkschaften.
III. Die Wahlordnung.
IV. Erläuterungen zur Wahlordnung.
V. Arbeitsplan zur Durchführung der Delegiertenkonferenzen.
VI. Formulare, die zur Wahl benötigt werden.

Nur für den Organisationsgebrauch!

X-HD8443
.F7
#16

F·D·G·B

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Gross-Berlin

Berlin C 2, Wallstraße 61-65 — Fernruf: 670014

Mitteilungen

an alle Funktionäre, Leitungen und Gewerkschaftsausschüsse

Inhalt

I. Mitteilung des Vorstandes des FDGB. Berlin.
II. Sichert die Einheit in den Betrieben. Grundsätze und Aufgaben der Freien Gewerkschaften.
III. Die Wahlordnung.
IV. Erläuterungen zur Wahlordnung.
V. Arbeitsplan zur Durchführung der Delegiertenkonferenzen.
VI. Formulare, die zur Wahl benötigt werden.

Nur für den Organisationsgebrauch!

x-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61–65

#17

Schulungs- und Referentenmaterial
Anfang Januar 1946 / Ausgabe Nummer 8

Gewerkschaften und Wirtschaft

Zur Vorbereitung des Wirtschaftsplanes für 1946

I. **Unser Weg aus der Katastrophe**

II. **Die Gewerkschaften und der Wirtschaftsplan 1946 für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland**
Vom Präsidenten der Zentralverwaltung Industrie, Herrn Skrzypczynski

III. **Produktionsplan 1946 vor der Fertigstellung**
Vom 1. Vizepräsidenten der Zentralverwaltung Industrie, Herrn S. Boulanger

IV. **Unsere Stellung zu den Wirtschaftsaufgaben**

Nur für den Organisationsgebrauch!

X-HD8443
F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61–65

#18

Schulungs- und Referentenmaterial
Anfang Januar 1946 / Ausgabe Nummer 8

Gewerkschaften und Wirtschaft

Zur Vorbereitung des Wirtschaftsplanes für 1946

I. Unser Weg aus der Katastrophe

II. Die Gewerkschaften und der Wirtschaftsplan 1946 für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland
Vom Präsidenten der Zentralverwaltung Industrie, Herrn Skrzypczynski

III. Produktionsplan 1946 vor der Fertigstellung
Vom 1. Vizepräsidenten der Zentralverwaltung Industrie, Herrn S. Boulanger

IV. Unsere Stellung zu den Wirtschaftsaufgaben

Nur für den Organisationsgebrauch!

X-HD8443
.F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61–65

#19

Schulungs- und Referentenmaterial
Anfang Januar 1946 / Ausgabe Nummer 9

Gewerkschaften und Sozialpolitik

Die Sozialversicherung

I. Von Bismarck bis Hitler

II. Ergebnisse der 12 Jahre Hitlerherrschaft

III. Neuaufbau der Sozialversicherung

IV. Stand der heutigen Leistung am Anfang des Neuaufbaues

V. Die Aufgaben der Gewerkschaften

Nur für den Organisationsgebrauch!

X-HD8443
F7

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61–65

Schulungs- und Referentenmaterial
Mitte Februar 1946 / Ausgabe Nummer 10

#20

Gewerkschaften und Jugend

I. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Jugend in der Vergangenheit
II. Der Zustand der Jugend nach dem Hitlerkrieg
III. Die Aufgaben der Gewerkschaften gegenüber der Arbeiterjugend
IV. Das Jugendsekretariat beim FDGB
V. Die Bedeutung der Jugendausschüsse
VI. Die Weltjugendkonferenz
VII. Aufruf an die Jugend zur Mitarbeit
VIII. Lied der neuen Jugend

Nur für den Organisationsgebrauch!

X-HD6443
.F7
#21

Aus der Praxis der Betriebsräte

Tatsachen
Erfahrungen
Aufgaben

X-HD8443
.F7
#22

KARL FUGGER

Aktuelle Fragen

der

Gewerkschaftsbewegung

PREIS 10 PFENNIG

Herausgegeben vom Vorstand des
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin

X-HD8443
.F7
#23

GRUNDSÄTZE SATZUNGEN FORDERUNGEN

des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Beschlossen auf der Delegierten-Konferenz
des FDGB für das sowjetisch besetzte
Gebiet Deutschlands (9.-11. 2. 46 in Berlin)

Herausgegeben vom Vorstand des FDGB Berlin

X-HD8443
.F7
#24

ERNST KRÜGER

WER hilft WEM?

PAUL GEBAUER

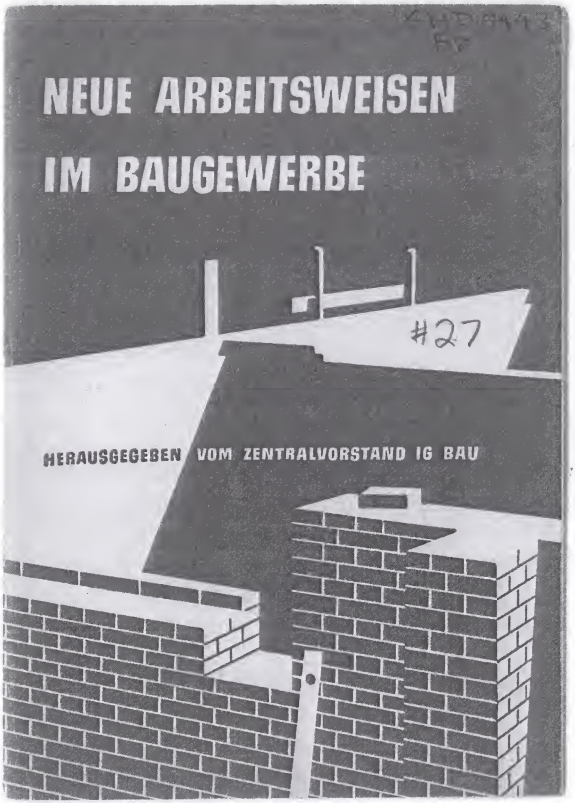
X-HD8443
.D43
#25
AM279

DIE GROSSE Illusion

Gewerkschaften und Marshall-Plan


BERNHARD GÖRING
CANCELLED
CANCELLED
#26
Gewerkschaften
und
WIRTSCHAFT

NEUE ARBEITSWEISEN IM BAUGEWERBE



HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALVORSTAND IG BAU

X-HD8443
.F7

Land: _____

Wortmeldung

#28

Name _____

Vorname _____

Betrieb / Funktion / Aktivist _____

Zu welcher Frage: _____

_____

_____

_____

(42) 3931. 8.50

Land: _____

X-HD8443
F1

Wortmeldung

#29

Name _____

Vorname _____

Betrieb / Funktion / Aktivist _____

Zu welcher Frage: _____

(42) 3631. 8.50



X-HD8443
F7
2
10
4
20
#30

X-HD8443 #31
F1
3 OCT 25
Copy 1955

DVB

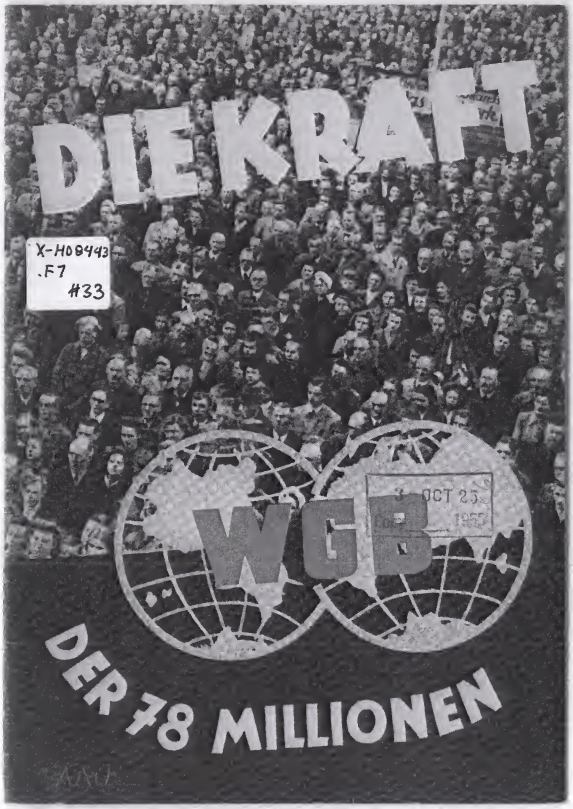
Vorwärts zu den großen Erfolgen in der vorfristigen Erfüllung unseres Fünfjahr-Planes und bei der Entfaltung der schöpferischen Masseninitiative auf allen Gebieten.

An die

Delegierten des 3. Bundeskongresses des FDGB

X-HD8443
.F7
#32





X-H08943
.F7
#33
OCT 25
1955

#34

Eine bewußte und einige Jugend baut sich ein neues Leben



3 - OCT
Cory
X-HD8443
. F1

X-HD8443
F7
#35

FDGB

FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

So schaffen wir!

SONDERAUSGABE - ARBEIT UND KULTUR -

INFORMATIONSMATERIAL FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE KULTURARBEIT IN DEN BETRIEBEN UND AUF DEM LANDE

X-H0844
.F7
#36

DIE WAHRHEIT

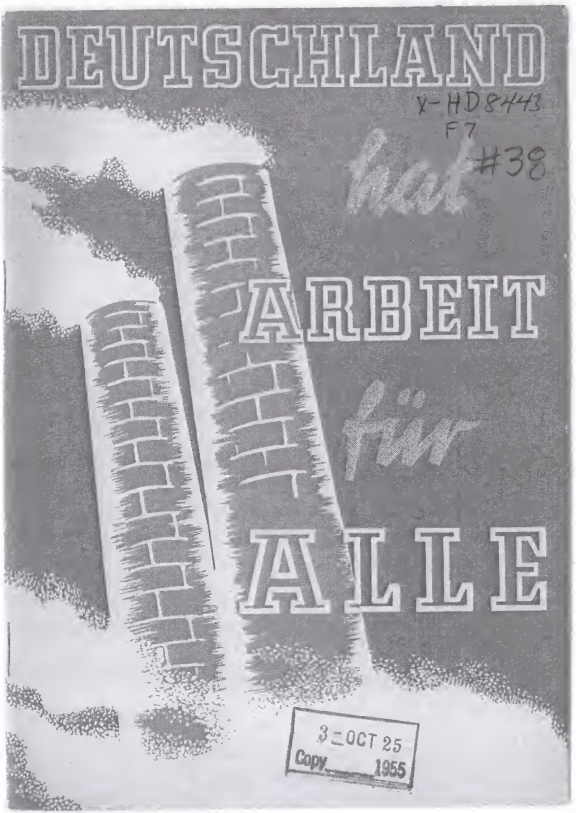


437
3 OCT 9
X-408443
.F7

Lieder für Werktätige

Eine Chorliederzusammenstellung für unsere Betriebschöre und Singgruppen

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes



X-HD8443
F7
#38

3 OCT 25
Copy 1955

3 OCT 25
Copy 1955



3. FDGB-KONGRESS

VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950

BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#39

X-HD 8443
F7

Anträge

an den

3. FDGB-Kongreß

3 OCT 25
Copy 1955

3. FDGB-KONGRESS
VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950
BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#40

X-HD8443
F1

Die Kulturarbeit des FDGB im Fünfjahrplan

Entwurf eines Arbeitsprogramms
zur
Entfaltung der kulturellen Massenarbeit
und zur Erhöhung des Kultur- und
Bildungsniveaus der Werktätigen

(Zur Beschlußfassung dem 3. FDGB-Kongreß vorgelegt)

Als Manuskript gedruckt!

3 OCT 25
Copy 1955



3. FDGB-KONGRESS
VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950
BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#41

X-HD8443
.F1

Satzung

des

Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes



3. FDGB-KONGRESS

VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950

BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#42

3 - OCT 25
Copy 1955

X-HD8443
.F7

TAGESORDNUNG

1. Eröffnungsansprache
2. Konstituierung des Kongresses
   - Wahl des Präsidiums
   - Wahl des Ehrenpräsidiums
   - Wahl der Kommissionen
     - a) Mandats-Prüfungskommission
     - b) Redaktions-Kommission
     - c) Satzungs-Kommission
     - d) Wahl-Kommission
3. Begrüßung
4. **Die Arbeit der Gewerkschaften für Frieden, Einheit und Aufbau** (Tätigkeitsbericht) *Herbert Warnke*
5. **Aufgaben der Gewerkschaften im Fünfjahrplan** *Walter Ulbricht*
6. **Die organisatorische Entwicklung des FDGB und die Änderung der Satzung** *Alex Starck*
7. Berichte der Kommissionen
8. Wahl der leitenden Organe
9. Schlußansprache

3. FDGB-KONGRESS
VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950
BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#43
X-HD8443
F1
3 OCT 25
Copy 1955

Geschäftsordnung

für die Verhandlungen des 3. FDGB-Kongresses

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, die Redezeit in der Diskussion beträgt 15 Minuten.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen; sie müssen, falls sie zur Verhandlung kommen sollen, von mindestens 20 Delegierten unterschrieben sein.

3.

Bei der Verhandlung genügend unterstützter Anträge erhält zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von fünf Delegierten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Reihenfolge erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zulässig.

5.

Die Beschlüsse werden mit Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Vor Schluß des Kongresses abreisende Delegierte haben dies dem Kongreßbüro anzuzeigen. Ihre Namen sind im Protokoll zu vermerken.

3. FDGB-KONGRESS

VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950

BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#44

3 OCT 25
Copy 1955
X-HD 8443
.F7

Kulturveranstaltung

am Freitag, den 1. September 1950, in der Kongreßhalle

anläßlich des 3. FDGB-Kongresses (Beginn 20^{30} Uhr)

PROGRAMMFOLGE

1.	„Einen Tag in der MAS"	*Kulturgruppe MAS Erlau*
2.	a) Volkstanz	*Kindertanzgruppe Polysius Dessau*
	b) „Einen Abend auf dem Dorf"	*Tanzkollektiv der Versicherungsanstalt Brandenburg*
3.	„Lied der Partei"	*Chor des Stahl- und Walzwerkes Riesa*
	„Das Lied von Berlin"	
	„Suliko" (sowjetisches Volkslied)	
	„Die Schwalbe" (sowjetisches Volkslied) u. a.	
4.	a) „Vom einfachen Drehverfahren zum Schnelldrehverfahren"	*Kindertanzgruppe Polysius Dessau*
	b) Bauerntanz	*Tanzkollektiv der Versicherungsanstalt Brandenburg*
5.	„Schritt für Schritt"	*Kulturbrigade des Stahl- und Walzwerkes Gröditz*

Änderungen vorbehalten

3. FDGB-KONGRESS

VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950

BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

#45

3 OCT 25
Copy 1955
X-HD8445
.F7

VERANSTALTUNGSPLAN

Mittwoch, den 30. August 1950, um 20 Uhr

Vor Hennigsdorfer Stahlwerkern im Haus der Presse das Schauspiel
„Golden fließt der Stahl" (ab 31. August bis 3. September für Kongreßteilnehmer)

Donnerstag, den 31. August 1950, um 20^{30} Uhr

Kulturveranstaltungen in 6 Berliner Betrieben

1. *Nileswerke*, Berlin Weißensee
   a) Chor des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld
   b) Laienspielgruppe Stahl- und Walzwerk Riesa
   c) Volksmusikorchester Tatkraft Senftenberg
2. *RAW*, Revaler Straße
   Kulturprogramm der Nationalen Kulturgruppe der FDJ
3. *Glühlampenwerk*, Warschauer Platz
   Betriebsabend des Berliner Rundfunks
4. *RFT Grätz*, Treptow, Elsenstraße 87-96 (S-Bahn Treptower Park)
   Kulturprogramm einer Berliner Betriebslaienkunstgruppen-Auswahl
5. *EAW*, Treptow, Hoffmannstraße 15-24 (S-Bahn Treptower Park)
   Kulturprogramm der betriebseigenen Laienkunstgruppen
6. *Kalichemie*, Niederschöneweide, Schnellerstraße 141 (S-Bahn Baumschulenweg, umsteigen zur Straßenbahnlinie 87)
   a) Gemischter Chor der Volksbühne Berlin
   b) Volkstanzgruppe Bremsenwerk Berlin
   c) Laienspielgruppe Pelz Erfurt

Freitag, den 1. September 1950

Leistungsschau der besten Kulturgruppen der IG Metall, VBV und Land- u. Forstwirtschaft

a) „Einen Tag in der MAS" — Kulturgruppe MAS Erlau
b) Kindertanzgruppe Polysius Dessau
c) Chor des Stahl- und Walzwerkes Riesa
d) Volkstanzkollektiv der Versicherungsanstalt Brandenburg
e) Kulturprogramm der Kulturbrigade des Stahl- und Walzwerkes Gröditz

Änderungen vorbehalten

(5) Constandruck, Berlin O 17, 1650, 4000/T 564 - 281, 8. 50

3 - OCT 25
Copy

3. FDGB-KONGRESS

VOM 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 1950

BERLIN · WERNER-SEELENBINDER-HALLE

X-HD8443
F1
#46

ZEITPLAN

Mittwoch, den 30. August 1950

Bis	8.45 Uhr	Platzeinnahme
9.00 bis	9.15 „	Eröffnung
9.15 „	9.45 „	Konstituierung
9.45 „	10.30 „	Begrüßung
10.30 „	13.00 „	Referat Warnke
13.00 „	15.00 „	Mittagspause
15.00 „	16.00 „	Fortsetzung des Referats Warnke
16.00 „	18.00 „	Diskussion
18.00 „	18.20 „	Pause
18.20 „	21.00 „	Diskussion

Donnerstag, den 31. August 1950

Bis	8.45 Uhr	Platzeinnahme
9.00 bis	10.30 „	Diskussion
10.30 „	11.00 „	Schlußwort Herbert Warnke
11.00 „	11.15 „	Pause
11.15 „	13.30 „	Referat Walter Ulbricht
13.30 „	15.30 „	Mittagspause
15.30 „	18.30 „	Diskussion
18.30 „	20.00 „	Abendessen
20.30		Kulturveranstaltung in Berliner Betrieben

Freitag, den 1. September 1950

Bis	8.45 Uhr	Platzeinnahme
9.00 bis	12.30 „	Diskussion
12.30 „	13.00 „	Schlußwort Ulbricht
11.50 „	12.30 „	Diskussion
13.00 „	15.00 „	Mittagspause
15.00 „	17.00 „	Referat Starck
17.00 „	18.00 „	Diskussion

Sonnabend, den 2. September 1950

Bis	8.45 Uhr	Platzeinnahme
9.00 bis	12.30 „	Diskussion
12.30 „	13.00 „	Schlußwort Starck
13.00 „	15.00 „	Mittagspause
15.00 „	15.30 „	Verleihung der Friedensfahnen
15.30 „	18.00 „	Bericht der Mandatsprüfungskommission
		Revisionsbericht
		Bericht der Wahlkommission
		Kandidatenvorschläge
		Wahl des Bundesvorstandes

Sonntag, den 3. September 1950

Bis	8.45 Uhr	Platzeinnahme
9.00 „	10.00 „	Berichte der restlichen Kommissionen
10.00 „	11.00 „	Beschlußfassung
		Bekanntgabe des Wahlergebnisses
11.00 „	12.00 „	Schlußansprache

X-GERMANY-150
DEPARTMENT OF STATE
DIVISION OF LIBRARY
AND
REFERENCE SERVICES
NOV 14 1950
LR FILE COPY
RETURN
X-HB8443
.F7
#47

Demokratie in Gefahr!

Die Forderung nach Mitbestimmung in den Betrieben wird von den Gewerkschaften damit begründet, daß zur politischen Demokratie nun auch die Wirtschaftsdemokratie als gewissermaßen logische Fortentwicklung hinzutreten müsse.

Bezogen auf den Einzelbetrieb wird verlangt, daß der »Herr-im-Haus-Standpunkt« abgelöst werden müsse durch die paritätische Willensbildung einerseits des Betriebseigentümers andererseits der Betriebsvertretung und der Gewerkschaftsvertretung. In Streitfällen entscheiden paritätisch besetzte Schiedsstellen. »Die Arbeit soll gleichberechtigt neben das Kapital treten.«

Was bedeutet dies praktisch? Bei den tausenden und abertausenden von Betrieben im Bundesgebiet wird die Leitung aufgespalten einerseits in tausende und abertausende von Geschäftsleitungen, denen aber nun nicht etwa Betriebsvertretungen in gleicher Zahl bei- oder gegenüberstehen, sondern die Gewerkschaft als Zentralorganisation.

Es liegt auf der Hand, daß diese Organisation jeden Unternehmer, jeden Direktor des kleinsten oder größten Betriebs stillschweigend boykottieren und damit ruinieren kann, sei es, daß sie ihm die Rohstoffe oder die Arbeitskräfte sperrt. Hierüber könnte evtl. die Öffentlichkeit noch mit einem Achselzucken hinweggehen.

Das Gesetz, das die wirtschaftliche Mitbestimmung einräumt, bedeutet jedoch gleichzeitig das Ende der politischen Regierung, das Ende der Demokratie. Denn es wird von diesem Augenblick an praktisch weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet irgend etwas geschehen können, was der Gewerkschaftszentrale nicht genehm ist. Es hat in der ganzen Wirtschafts- und politischen Geschichte noch nie eine derartige Machtkonzentration gegeben, wie sie hier kurz vor dem Abschluß steht, selbst nicht im Totalismus des Naziregimes. Wenn auch in erster Linie die Sozialdemokratie als Taufpate des Mitbestimmungsrechts gilt, so bedeutet seine praktische Auswirkung nichts anderes als »die Diktatur des Proletariats« und damit das Ende der Demokratie, mit anderen Worten: die Sozialdemokratie wird zum Handlanger und Wegbereiter des Kommunismus.

Rückblickend wird man einst den Tag des Inkrafttretens des Mitbestimmungsrechts als den »Tag der Machtergreifung« durch die Gewerkschaft ansehen.

Woher leitet die Gewerkschaft das Recht ab die »Arbeit« schlechthin zu vertreten? Ist es denn nicht so, daß am Anfang jedes gewerblichen Betriebes Arbeit und Kapital ganz allein vom Unternehmer zu leisten ist? Hat er gut gearbeitet und kann er seinen Betrieb durch Einstellung von ihm ausgewählter Mitarbeiter erweitern, so ist wiederum seine Leistung und seine Arbeit bestimmend für den Erfolg.

Wie kommt die Gewerkschaft dazu diese Arbeit zu ignorieren oder gar gegenüber dem »Kapital« vertreten zu wollen? Bekennt sie nicht die 3 Faktoren — Arbeit in ihrem Sinn, Kapital und Unternehmertätigkeit — oder will sie diesen 3. Faktor nicht sehen, der ja praktisch den Katalysator der beiden ersten Faktoren bedeutet? Der erste Fall würde eine erschütternde Verkennung der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsstruktur offenbaren, der letztere Fall eine Brutalität, die Schlimmstes erwarten läßt.

Die Gewerkschaft sollte ihrer Entstehungsgeschichte nach die Interessen der Industriearbeiter und der Angestellten wahrnehmen. Tut sie dies mit ihrer Machtpolitik wirklich? Diesen Menschengruppen ist nur dann gedient, wenn ihr Wohlstand durch hohe Kaufkraft ihres Verdienstes gehoben wird. Eine objektive nüchterne Betrachtung ergibt, daß dies nicht sprunghaft, sondern nur durch stetige, friedliche Fortentwicklung und Steigerung der Konsumgüter-Produktion möglich ist. Hiermit hat das Mitbestimmungsrecht, das der Gewerkschaft die Macht in die Hand spielen soll, nicht das mindeste mehr zu tun.

X-HD8443 F7



Eisenbahner, Verkehrs-, Transport- und Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer Deutschlands,

#48

kämpft

gemeinsam mit den französischen Eisenbahnern und Transportarbeitern gegen Remilitarisierung, Schumanplan und westeuropäische Verkehrsunion als Mittel zur Organisierung eines dritten Weltkrieges!

Verwirklicht das Kampfbündnis CGT-FDGB!

3 OCT 25
Copy 1955
X-HD 8443
.F7
#49

Das geht Euch an!

An die Kollegen der Westberliner Postbetriebe

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß in Euren Betrieben die alten Nazi- und Kriegsverbrecher wieder festen Fuß fassen.

Jetzt ist durch das Gesetz 131 festgelegt, daß ehemalige Beamte und Berufssoldaten bevorzugt in gehobene Dienstposten eingestellt werden müssen.

Während bei uns im demokratischen Sektor 80 Prozent dieser Dienstposten von Kollegen, die aus dem Arbeiterstand hervorgingen, eingenommen werden, wurden Euch diese Möglichkeiten genommen. Ein großer Teil Eurer Betriebsräte lehnt jetzt die Verantwortung für die Folgen dieser Politik ab. Aber es hätte niemals soweit kommen können, wenn wir als Postler aus Ost und West zusammen gearbeitet hätten. Nur durch die Spaltung unserer Gewerkschaft konnten die alten Reaktionäre bei Euch wieder festen Fuß fassen.

Jetzt gilt es für uns, die Aktionseinheit herzustellen. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, daß nicht die Schuldigen am Hitlerkrieg wieder in Amt und Würden kommen und die Aufbauwilligen aufs Straßenpflaster gesetzt werden. Nicht nur der Verlust des Arbeitsplatzes droht. Auch die Kriegsgefahr wird weiter gesteigert. Es gilt, gemeinsam den Kampf gegen die Machenschaften der Spalter unserer Heimat und gegen die Remilitarisierung Deutschlands zu führen.



X-HD8443
F7
#50

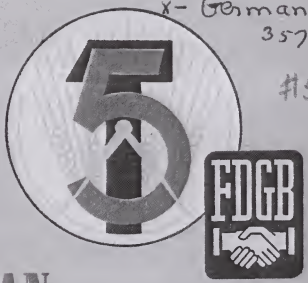
DIE Wandzeitung

FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

BUNDESVORSTAND

FDGB

X-HD 8443
.F7
X-Germany
357
#151



PLAN

DES FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

zur Entfaltung der Masseninitiative

zur Durchführung des Fünfjahrplanes

der Deutschen Demokratischen Republik

1951-1955

Referate und Dokumente aus der Gewerkschaftsbewegung

#52

3-001 9-
1968

X-HD8443
.F7

DIE FRAU UND DER FÜNFJAHRPLAN

Referat
des Vorsitzenden des FDGB
HERBERT WARNKE
und Diskussionsbeiträge von der Konferenz
des FDGB mit dem DFD

FDGB

X-HD 8443
F 7

Gewerkschaft Verwaltungen
Banken Versicherungen (VBV)
im FDGB Groß-Berlin

Berlin, den 17. August 1951
Wallstr. 63

#53

An die
Betriebsräte der
Verwaltungen, Banken und Versicherungen in Westberlin.

3 - OCT 2
1951

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Den Anregungen zahlreicher Betriebsvertretungen folgend, beantworten wir mit diesem Rundbrief Fragen, die in vielen Zuschriften an uns gerichtet worden sind.

1. Wie sollen sich die Betriebsräte verhalten bei Kündigungen
   a) wegen Zugehörigkeit zur SPD?
   b) wegen Freimachung von Arbeitsplätzen gemäß Artikel 131 GG für frühere Berufsbeamte?

Zu 1a) Eine Zustimmung widerspricht den Bestimmungen der Verfassung. Niemand darf wegen Zugehörigkeit zu zugelassenen Parteien benachteiligt werden.

Zu 1b) Auch hier darf eine Zustimmung nicht erfolgen. Maßgebend für die Beschäftigung ist nicht der erlernte oder früher ausgeübte Beruf, sondern allein die Bewährung auf dem Arbeitsplatz.

Bei jeder Kündigung sind die Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes vom 20.5.50 - veröffentlicht im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 6. Jahrgang, Teil I Nr. 29, vom 24.5.50 - genau zu beachten. Im § 1 dieses Gesetzes sind den Betriebsräten starke Möglichkeiten zur Verhinderung sozial unberechtigter Kündigungen gegeben. Besonders nachdrücklich müssen die Betriebsvertretungen sich gegen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes, die auf einer Kundgebung am 25.7.51 erhoben wurden, wenden. Der Deutsche Beamtenbund fordert nicht nur die restlose Entlassung aller sogenannten Berufsfremden - d.h. der nach 1945 in die öffentliche Verwaltung Eingestellten - und ihren Ersatz durch die Wiedereinstellung der früheren Berufsbeamten, sondern er wendet sich auch gegen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Mit seinen Forderungen will er die Entwicklung zu einer demokratischen Verwaltung zurückschrauben.

2. Welche Möglichkeit besteht für die Zeit vom 1.4. bis zum 30.6., die auf die lange Bank geschobene Zulage für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung zu erreichen?

~~X-883.1:7~~
X-HD8443
.I:7
~~Gompers~~
A-874
#54

Bauarbeiter, entscheidet selbst!

X- HD 8443
.F7
X-Germany
A-570
#55

VAB

oder

Ortskrankenkasse?

X-~~Germany~~ B-655
X-HAP#33. F7
#56

Der Friede siegt!

HD 8483.F7
x- Germany-B-650

AUFRUF!

#57

Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter Westberlins!

Noch einige Tage trennen uns von dem Kampftag der Internationalen Arbeiterklasse, den 1. Mai. Seit Jahrzehnten steht dieser Tag im Zeichen des Kampfes für Arbeit und Brot, für Freiheit und Sozialismus.

Der Hitlerfaschismus, der diesen Kampftag des Internationalen Proletariats schändete, wurde durch die Vorhut des Internationalen Proletariats, der Sowjetarmee hinweggefegt.

Erneut versuchen reaktionäre Kräfte mit Hilfe der rechten Gewerkschaftsführer wie Galle und Scharnowski, diesem Kampftag seinen revolutionären Charakter zu nehmen.

Kolleginnen und Kollegen!

Eure Vertreter haben auf der Delegierten-Konferenz am 28. Februar 1953 dieses Vorhaben von Galle und Scharnowski einmütig zurückgewiesen. Trotzdem wagen es Galle und Warnke, den Westberliner Metallarbeitern zu empfehlen, am 1. Mai an der Frontstadt-Kundgebung auf dem Platz der Republik teilzunehmen.

Allein die Tatsache, daß der Gewerkschaftsfeind Jakob Kaiser und die Parteien der Unternehmer, die Euch um Eure berechtigten Lohnforderungen betrogen haben, an dieser Kundgebung teilnehmen, sollte jeden Metallarbeiter den Charakter dieser Maikundgebung erkennen lassen.

Jeder Westberliner Metallarbeiter, der höheren Lohn fordert,
der gegen das Betriebsverfassungsgesetz kämpft,
der gegen Brot- und Mietpreiserhöhungen ist,
jede Metallarbeiterin, die für gleiche Arbeit gleichen Lohn fordert,
jede Metallarbeiterin, die nicht will, daß ihre Kinder noch einmal Opfer eines imperialistischen Raubkrieges werden,
meidet diese Frontstadtkundgebung wie die Pest.

Alle Westberliner Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter demonstrieren darum am 1. Mai ohne Unternehmer, ohne Schwennicke, Kaiser und Reuter!

Die Werktätigen demonstrieren auf dem Marx-Engels-Platz unter dem roten Banner des Internationalen Proletariats.

„Vorwärts zum 1. Mai 1953"
für Frieden, Freiheit und Brot, Einheit, Demokratie und Sozialismus!

IV. Bezirks-Delegierten-Konferenz der Industriegewerkschaft Metall im FDGB Groß-Berlin

X - HD P443.E7
Y - Germany B-651
#58

Werktätige Westberlins!

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes überbrachte dem Landesbezirksausschuß des DGB-Berlin folgenden Brief mit dem Vorschlag, den 1. Mai 1953 als gemeinsamen Kampftag der Berliner Werktätigen für Frieden und Verständigung einheitlich zu begehen:

Werte Kollegen!

Die bedeutsame Verständigung bei den Verhandlungen in Korea hat die Friedenshoffnungen aller Völker außerordentlich gestärkt.

Angesichts der spürbaren Entspannung der internationalen Lage und der verstärkten Aussicht auf die friedliche Lösung der deutschen und Berliner Frage, schlagen wir Euch vor, den 1. Mai 1953 als gemeinsamen Kampftag der Berliner Werktätigen für Frieden und Verständigung gemeinsam zu begehen.

Eine solche gemeinsame 1. Mai-Feier aller Berliner Arbeiter entspricht dem Willen, der Sehnsucht und den Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung Berlins — sie entspricht der großen Verantwortung der Arbeiterschaft der Hauptstadt Deutschlands gegenüber der Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Nation.

Die Werktätigen aller Länder, insbesondere die Mitglieder der Gewerkschaften, sehen in der sich anbahnenden internationalen Verständigung einen wichtigen Erfolg ihres beharrlichen und aufopferungsvollen Kampfes um die Erhaltung des Friedens in der Welt.

Wir schlagen deshalb vor, eine solche gemeinsame 1. Mai-Demonstration unter den roten Fahnen der Arbeiterbewegung, mit der roten Nelke, dem Zeichen der internationalen Solidarität und unter den folgenden Losungen zu begehen, die wir gemeinsam vertreten:

„Für eine Viermächte-Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage"

„Für Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion über die friedliche Regelung der Berliner Frage"

„Für die Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland — zwischen West- und Ostberlin"

„Für die Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt"

„Für einen Friedensvertrag mit Deutschland"

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch"

~~X-HBF-44-7~~
#59 Germany
X-HBF443
B-456

Kolleginnen und Kollegen der BVG in Westberlin!

Am Sonnabend, dem 28. Februar 1953, findet um 9.30 Uhr die Bezirks-Delegiertenkonferenz der ÖTV statt.

Die Tagesordnung enthält folgende Punkte:

1. Geschäftsbericht ..... Kollege Behre
2. Kassenbericht ..... Kollege Borges
3. a) Wahl der Delegierten zur Landesbezirkskonferenz des DGB
   b) Anträge zur Landesbezirkskonferenz des DGB.

Diese Konferenz ist für Euch von größter Bedeutung.

Dort wird Euch im Punkt 3b) der Tagesordnung Gelegenheit gegeben, Eure gerechten Forderungen noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

Veranlaßt Eure Funktionäre, die zu dieser Konferenz delegiert sind, Anträge, die Euren Forderungen entsprechen, einzubringen.

Denkt dabei an folgende Punkte:

1. **Fordert die Durchführung des Beschlusses Eures Hauptvorstandes vom 21. November 1952**
   auf 15 Pf Lohnerhöhung je Stunde für die Arbeiter
   und 20 Prozent Gehaltserhöhung für die Angestellten.

   Laßt Euch diesmal nicht wieder auf das Abstellgleis schieben mit dem halben Monatsgehalt, wie Berg bereits auf der Belegschaftsversammlung am 23. Februar 1953 auf Hof Zehlendorf zum Ausdruck brachte, daß man Euch ein halbes Monatsgehalt auszahlen und evtl. ab 1. April 1953 an den Tarif der Bundesrepublik angleichen will mit der Einschränkung, daß für Berlin die Gruppe A in Frage käme und nicht mehr die Gruppe S (Sondergruppe), da Berlin nicht mehr den Charakter der Reichshauptstadt trage, sondern daß dieser Charakter jetzt auf Bonn übergegangen sei, laut Erklärung Bergs.

X-HOF993.F7

#160

Germany B507

Metallarbeiterinnen, Metallarbeiter und Jugendliche !

Jeder Metallarbeiter hat den Beschluß der Funktionär-Konferenz vom 1. Februar 1953, den Unternehmer-Vorschlag abzulehnen und in der Zeit vom 12. bis 17. Februar 1953 eine Streik-Urabstimmung durchzuführen, begrüßt.

Das kam weiter in allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen der letzten Woche zum Ausdruck.

Der Beschluss entsprach darum dem Kampfwillen aller Kollegen.

Er war für die Unternehmer unmißverständlich.

Jetzt kommt es darauf an, diesen Beschluß einheitlich, geschlossen und konsequent durchzuführen.

Die Metallarbeiter stehen also vor entscheidenden Taten. Es gilt den Lebensstandard zu sichern und der Reaktion Einhalt zu gebieten.

Eine jede Kollegin, ein jeder Kollege, muss zur Urabstimmung erscheinen.

Stimmt für Ablehnung des Unternehmer-Vorschlages.

Wer so abstimmt, stimmt für 15 % Lohnerhöhung und stimmt für Streik.

Um den Kampf nach der Urabstimmung erfolgreich fortzusetzen, ist nach der Urabstimmung die Einberufung einer Funktionär-Konferenz notwendig. Diese Konferenz muss zu dem Ergebnis der Abstimmung Stellung nehmen und den Beschluss über die Auslösung des Streiks fassen.

K o l l e g i n n e n u n d K o l l e g e n !

Auf alle liegt eine große Verantwortung.

Jede Stimme ist entscheidend, beteiligt Euch darum a l l e an der

U r a b s t i m m u n g !

Weg mit dem Unternehmer - Vorschlag !

S t i m m t f ü r S t r e i k !

Die kämpfenden Metallarbeiter

X-HD 8443
.F7 B4
#61

2-DEC-5
Copy 1958

Gewerkschaftliche Bildungsabende

ALLGEMEINE METHODISCHE ANLEITUNG

FÜR ZIRKELLEHRER

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
.F7
#62
2-DEC-5
Copy ____ 1958

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

RATIONALISIERUNGS- UND ERFINDUNGSWESEN

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

3-OCT
Copy
#163
X-HD8443
.F7

Die deutsche Arbeiterklasse muß sich ENTSCHEIDEN!

FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

aap

XHD8443
.F7 H64

FDGB

FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

ARBEIT und Kultur

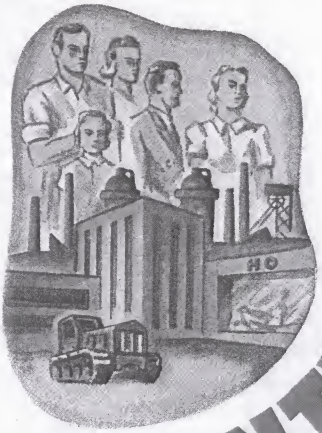
INFORMATIONSMATERIAL FÜR DIE GEWERKSCHAFTLICHE KULTURARBEIT IN DEN BETRIEBEN UND AUF DEM LANDE

2

#165

30 OCT 25
Copy 1955

X-HD8443
.F7



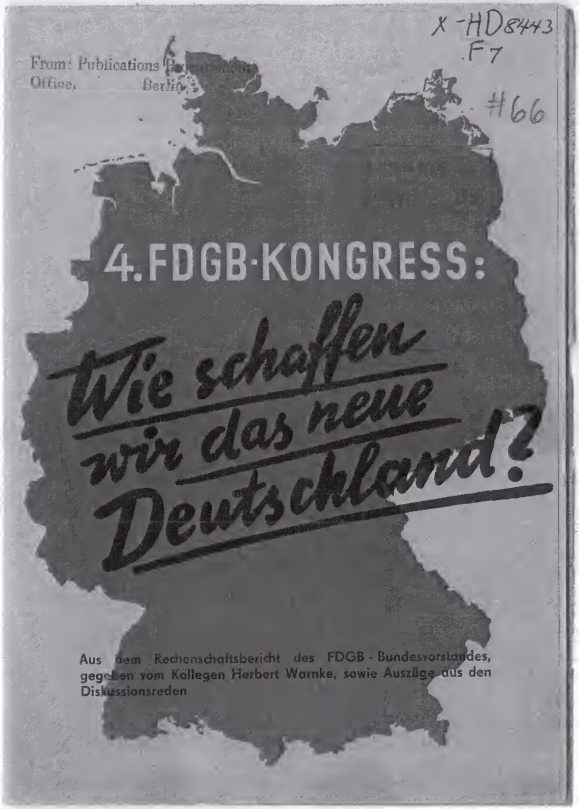
EIGENTUM *des* VOLKES

Incl #3

FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

FDGB

X-HD8443
.F7
#66
From: Publications Exchange
Office, Berlin



4. FDGB-KONGRESS:

Wie schaffen wir das neue Deutschland?

Aus dem Rechenschaftsbericht des FDGB-Bundesvorstandes, gegeben vom Kollegen Herbert Warnke, sowie Auszüge aus den Diskussionsreden

X-HD8943
.F7
#67

VERTEIDIGT DEN FRIEDEN



X-HD6442 .F7 USIA-IRI/L
From: Publications Procurement Office, Berlin
OMGUS HR 31/55
Gratis #68

GEWERKSCHAFTER AUS WEST UND OST BERIETEN



Wie soll das neue Deutschland aussehen?

X-HD 8443
.F7
H69
2-DEC-5
Copy 1958



Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

ARBEIT UND LÖHNE

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
F7
2-DEC-5
Copy 1958
#170

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

ARBEITSSCHUTZ

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
.Fr

2-DEC-5
Copy ____ 1958

#71

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

GEWERKSCHAFTS-GRUPPENORGANISATOR

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
.F7
2-DEC-5
Copy ____ 1958
H72

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

KOMMISSION FÜR
BAU- UND WOHNUNGSWESEN

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
F7
D1
2-DEC-5
Copy 1958
#73

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

Kommission für
VERSORGUNGSFRAGEN

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
.F7
2-DEC-5
Copy ____ 1958
#74

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

KULTURELLE MASSENARBEIT

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
F7
#75
2-DEC-5
Copy 1958

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

PRODUKTIONSMASSENARBEIT

HERAUSGEGEBEN VOM FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND

X-HD 8443
.F7
#76
2-DEC-5
Copy ____ 1958

Gewerkschaftliche Bildungsabende

LEHRMATERIAL FÜR VOLKSEIGENE BETRIEBE

SOZIALVERSICHERUNG

HERAUSGEBER: FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BUNDESVORSTAND


FDGB
GROSS-BERLIN

3 OCT 25
1955
X HD8443
.F7

Sonderdruck der

TRIBÜNE

WOCHENZEITUNG

DES FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Verlag: „Die Freie Gewerkschaft", Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin N 4, Chausseestraße 123-124

#78

Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Grotewohl

Delegierte zum 3. FDGB-Kongreß,

liebe Freunde und Gäste aus ganz Deutschland und aus dem Ausland,

meine Damen und Herren!

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik heiße ich Sie in der Hauptstadt Deutschlands Berlin auf das herzlichste willkommen.

Die Regierung begrüßt Sie besonders herzlich, weil sie aus dem Satzungsentwurf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ersieht, daß die Gewerkschaften kämpfen für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Das heißt also: Wir sind Kameraden in einem und denselben Kampf. Wenn die Gewerkschaften sich weiter das Ziel setzen, ihre Mitglieder zum demokratischen Staats- und Nationalbewußtsein zu erziehen, so wissen wir die enorme Kraft für den Aufbau angesichts der Tatsache, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund weit mehr als 4½ Millionen Mitglieder in der Deutschen Demokratischen Republik zählt, sehr wohl zu schätzen. Wir grüßen die Gewerkschaften als eine starke Kraft im Aufbau unserer demokratischen Ordnung. Wir dürfen wohl kaum fehlgehen in der Annahme, daß die Gewerkschaften für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen, weil ihre Regierung ihrer umfangreichen Arbeit zwei politische Grundsätze zugrunde gelegt hat, einer Grundlage, auf der wir uns zur gemeinsamen Arbeit treffen.

Diese politischen Prinzipien liegen im Kampf um den Frieden und in der Schaffung einer starken Basis für die Entwicklung unseres nationalen Unabhängigkeitskampfes. Wir leben in einer Zeit, in der die Wogen der antibolschewistischen Hetze haushoch schlagen. Wir leben in einer Zeit, in der Deutschland und das deutsche Volk für eine Remilitarisierung sturmreif gemacht werden sollen. Die Lebenshaltungskosten sind in Westdeutschland in wenigen Wochen um 30% gestiegen. Die Kriegshetze steigert sich aber von Tag zu Tag noch mehr. Die amerikanischen Kriegstreiber lassen ihre Kettenhunde mit ihrem Gekläff und mit ihrer Hetze auf das deutsche Volk los. Allen voran natürlich wieder Schumacher, der vor wenigen Tagen erklärte, es komme darauf an, „die Offensive in russisches Gebiet voranzutragen, so daß eine offensive Freikämpfung Berlins, Mittel- und Ostdeutschlands möglich sein wird". Wir müssen den Kriegsbrandstiftern dieser Art gemeinsam und entschieden den Weg verlegen, weil diese Feinde einer friedliebenden Menschheit in der ganzen Welt Konfliktstoffe zu häufen versuchen, um schließlich doch noch ihren blutigen und schmutzigen Interventionskrieg in Korea in einen Weltkrieg zu verwandeln.

Wir grüßen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund als Kampfgefährten für den Frieden. Wir grüßen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der durch seine Aufnahme in den Weltgewerkschaftsbund die ersten bedeutenden Schritte zu einer neuen internationalen Solidarität der deutschen Arbeiterklasse tun durfte, nachdem der Name Deutschlands durch die Verbrechen Hitlers in der ganzen Welt mit Schmutz und Verachtung befleckt war. Wir grüßen die Gewerkschafter in aller Welt und in Deutschland, die mutig und entschlossen den Transport von Kriegsgeräten und -material verweigern. Wir grüßen die französischen Kameraden der Gewerkschaften und den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, die in ihrem gemeinsamen Abkommen dem Schuman-Plan die Maske vom Gesicht rissen und ihren Völkern damit das wahre Gesicht der kriegslüsternen Imperialisten zeigten. Das alles, liebe Gewerkschaftskollegen, ist auch eine große und bedeutende Hilfe im Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, um die Entwicklung des nationalen Widerstandes gegen die Unterdrückungs- und Versklavungspolitik der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland. Der Versuch, den nationalen Widerstand der deutschen Patrioten gegen den amerikanischen Imperialismus als eine kriegerische Drohung gegen den Westen unseres Vaterlandes hinzustellen, wird kläglichen Schiffbruch erleiden. Wir wollen keinen Krieg, wir wollen den Frieden.

X-HD8443
.F7 #179

Sonderdruck der

TRIBÜNE

WOCHENZEITUNG

DES FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Verlag: „Die Freie Gewerkschaft" Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin N 4, Chausseestraße 123-124

Aus der Begrüßungsansprache des Generalsekretärs des WGB, Louis Saillant

Werte Kollegen und Delegierte!

Ich habe Ihnen gegenüber einen sehr angenehmen Auftrag zu erfüllen. Ich habe euch die wärmsten und brüderlichsten Grüße der 78 Millionen Arbeiter und ArbeiterInnen des großen WGB zu überbringen. Ihr seid nicht mehr allein und steht nicht mehr isoliert in der Welt, nein, Kollegen, ihr seid Mitglieder des großen WGB und ihr habt Brüder und Schwestern in allen Teilen der Welt.

Nach den ersten Worten Saillants erhoben sich die Delegierten spontan von ihren Plätzen und stimmten das Weltjugendlied an. Minutenlang wurde der Generalsekretär von tosenden Ovationen unterbrochen und fuhr dann fort:

Am 6. Januar 1946, drei Monate nach der Gründung des WGB, kam ich zum erstenmal nach Berlin, um im Namen des WGB zu sprechen. Damals habe ich den Kollegen Jendretzky und Bernhard Göring die Hand gereicht. Es war in einem Sinne der Brüderlichkeit, und seitdem hat sich die Freundschaft nur noch vertieft.

Euer 3. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes findet einen Monat vor der fünften Wiederkehr des Tages statt, an dem der WGB gegründet wurde. Wir hatten uns zur Aufgabe gestellt, alle Anstrengungen zu unterstützen, die dahin zielten, in ganz Deutschland eine einheitliche demokratische Gewerkschaft zu gründen und weiter zu entwickeln. In unseren Verbindungen mit dem interalliierten Kontrollrat haben wir die Auffassung des WGB über eine einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung immer vertreten und sind nie von unserer Auffassung abgekommen, daß die Gewerkschaft eine einheitliche demokratische Bewegung sein muß. Im Jahre 1946 ist es uns gelungen, daß der alliierte Kontrollrat uns anhörte und so gelang es uns, daß das Prinzip der Abhaltung einer gesamtdeutschen Gewerkschaftskonferenz eingehalten wurde. Im Schoße dieses interalliierten Kontrollrates war ich Zeuge des Verhaltens der vier Regierungen, aus denen sich dieser Kontrollrat zusammensetzt. Nur eine Delegation gab es in diesem interalliierten Kontrollrat, die uns wirklich verstand und die in der Lage war, uns zu helfen. Das war

die sowjetische Delegation.

Nach diesen Ausführungen des Generalsekretärs waren es gerade die westdeutschen Delegierten, die Louis Saillant mit tosendem Beifall unterbrachen.

Der Redner ging dann weiter darauf ein, daß es in Westdeutschland noch allzu viele Werktätige gibt, die diese Wahrheit nicht kennen und daß es Aufgabe des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes sein wird, sie den westdeutschen Kollegen immer wieder klar zu machen. Auf der Interzonen-Konferenz in Dresden im Jahre 1948, so betonte Saillant weiter, hatten wir einen großen Schritt zur Vereinigung der deutschen Gewerkschaften gemacht. In Anwesenheit der Delegation des WGB auf dieser Dresdener Konferenz und nach vielen Diskussionen hatten die Vertreter aller deutschen Gewerkschaften die Schaffung eines

Zentralrates der deutschen Gewerkschaften

beschlossen.

Der Generalsekretär erklärte dann weiter, daß noch am Abend des gleichen Tages, an dem der Beschluß gefaßt worden war, der Leiter der Delegation, der mit der Arbeit von den amerikanischen Behörden beauftragt war, auf einer Pressekonferenz bekannt gab, daß die Schaffung eines Zentralrates der deutschen Gewerkschaften keinerlei juristische Grundlage habe, wie ebenfalls die gesamte Interzonenkonferenz keine solche Grundlage habe.

„Was hätten wir damals tun können",

rief der Generalsekretär des WGB den Delegierten des 3. FDGB-Kongresses zu, „wir hätten an alle Werktätigen Deutschlands herantreten müssen, um sie bei der Erlangung der rechtlichen Durchsetzung dieses Beschlusses zur Hilfe heranzuziehen."

Damit stellte der Generalsekretär des WGB selbstkritisch fest, daß hier der WGB und der FDGB einen

3-007 26
Dok.
#80

Sonderdruck der

TRIBÜNE

WOCHENZEITUNG

DES FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Verlag: „Die Freie Gewerkschaft", Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin N 4, Chausseestraße 123-124

X-HD8443
.F7

Referat des Kollegen Alex Stark,

stellvertretender Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes

Die Bedeutung der Organisationsarbeit

Kolleginnen und Kollegen!

Das Referat des Kollegen Warnke faßte die seit dem 2. FDGB-Kongreß geleistete Arbeit zusammen und stellte die Aufgaben für die kommende Periode. Der Kollege Walter Ulbricht hat die Aufgaben der Gewerkschaften, die sich aus dem Fünfjahrplan ergeben, herausgearbeitet. Es handelte sich in beiden Referaten um die Entwicklung der gewerkschaftlichen Aufgabenstellung und der gewerkschaftspolitischen Linie für die kommenden Jahre.

Die Aufgabe meines Referates ist es, über die Organisationsarbeit zu sprechen, die notwendig ist, um die Durchführung dieser Linie zu gewährleisten.

Die neu vorgeschlagene Satzung, die in ihrem ersten Abschnitt eine grundlegende Stellungnahme zu den bestehenden Verhältnissen und den Aufgaben der Gewerkschaften ist und in den folgenden Abschnitten den organisatorischen Aufbau und die Aufgaben der Organe des FDGB, zu denen die Organe der Industriegewerkschaften gehören, festlegt, ist eine wichtige Grundlage für die Organisationsarbeit.

Aus dem Bericht des Kollegen Warnke ging hervor, daß im wesentlichen eine richtige Linie der Gewerkschaftsarbeit gefunden und beschlossen, aber auch, daß diese richtige Linie sehr oft nicht durchgesetzt wurde. Darin besteht eine der Hauptschwächen der Gewerkschaftsarbeit.

Zur Durchführung der im Kampf für Frieden und Einheit und im Fünfjahrplan vor den Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären stehenden Aufgaben ist es erforderlich, das fachliche und politische Niveau bedeutend zu heben und die Organisationsarbeit, im besonderen die operative Anleitung der Betriebsgewerkschaftsleitungen, durch die Industriegewerkschaften zu verbessern. Es reicht nicht aus, eine richtige Linie für die Gewerkschaftspolitik festzulegen, sondern die Organisationsarbeit muß so verbessert werden, daß sie die Durchführung der richtigen politischen Linie gewährleistet.

Unser großer Lehrmeister Stalin sagte zu dieser Frage:

„Ist eine richtige politische Linie gegeben worden, so entscheidet die Organisationsarbeit alles, auch das Schicksal der Linie selbst, ihre Durchführung oder ihr Scheitern."

Man muß sich auch darüber klar werden, daß es keine genaue Abgrenzung zwischen politischen und organisatorischen Fragen gibt, denn die Organisationsarbeit, die in erster Linie operative Anleitung, also Hilfe sein muß, beschäftigt sich ja mit der politischen Linie und ihrer Durchführung. Lenin wies gerade auf dieses Ineinandergreifen politischer und organisatorischer Fragen hin. Er sagte:

„Man kann nicht genau abgrenzen, welches eine politische und welches eine organisatorische Frage ist. Jede politische Frage kann eine organisatorische Frage sein und umgekehrt."

Die Linie für die Organisationsarbeit auf dem 2. FDGB-Kongreß

Der 2. FDGB-Kongreß hat in zwei Entschließungen zu Organisationsfragen Stellung genommen. Aus diesen Entschließungen ergaben sich für die Weiterentwicklung der Organisationsarbeit der Gewerkschaften eine Reihe von Maßnahmen.

Wie war nun die Lage zur Zeit des 2. FDGB-Kongresses?

Im Jahre 1947 bestanden in der Basis der gewerkschaftlichen Organisationen, in den Betrieben, noch zwei leitende Körperschaften nebeneinander: die Betriebsräte und die Betriebsgewerkschaftsleitungen. Ein großer

H91

Sonderdruck der

TRIBUNE

WOCHENZEITUNG

DES FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Verlag: „Die Freie Gewerkschaft" Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin N 4, Chausseestraße 123-124

3 - OCT 25
1955

X-HD8443
.F7

Rechenschaftsbericht des Kollegen Herbert Warnke

1. Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes

Die Arbeit der Gewerkschaften für Frieden, Einheit und Aufbau!

Delegierte des 3. FDGB-Kongresses!

Verehrte Gäste!

Der Rechenschaftsbericht, den ich euch im Auftrage des Bundesvorstandes des FDGB über die Tätigkeit unserer Gewerkschaften abzulegen habe, umfaßt die Zeit von 3½ Jahren seit dem 2. FDGB-Kongreß. Das ist eine relativ kurze Zeitspanne im Rahmen einer normalen Entwicklung, aber diese 3½ Jahre umfassen eine ganze Fülle von Ereignissen, die mit ihrer ernsten Kriegsgefahr das Schicksal der ganzen Menschheit berühren oder aber besonders uns Deutsche zum entschlossenen Kampf um die demokratische Einheit unseres Vaterlandes mahnen. Mit Stolz blicken wir dabei auf die Erfolge unseres Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik, die für den Weg unseres ganzen Volkes richtungweisend sind.

In der Arbeit um Frieden, Einheit und Aufbau haben auch unsere Gewerkschaften eine umfassende Tätigkeit entwickelt. Wenn wir dabei zu den großen Erfolgen unserer jungen Republik und ihrem Aufbau ein Wesentliches beitragen durften, so gebührt allen unseren Funktionären gerade an diesem Tage unser herzlichster Dank, der Dank der gewählten Delegierten des 3. FDGB-Kongresses.

Und dennoch, wir würden uns und der gesamten Arbeiterklasse, die doch die führende Kraft in unserem Aufbau darstellt, einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir nicht gleichzeitig über die Mängel in unserer Arbeit sprechen würden, die immer wieder durch die gewaltigen Anforderungen aufgedeckt wurden, welche die stürmische Entwicklung der Geschehnisse und unseres Aufbaues täglich an uns stellt. In ernster Kritik und Selbstkritik muß auf dem 3. FDGB-Kongreß auch über diese Mängel und über die Methoden zu ihrer Überwindung gesprochen werden. Dann werden wir auch die noch größeren Aufgaben, die insbesondere durch den Fünfjahrplan vor uns stehen, mit Erfolg lösen können.

I. Die gesamtdeutsche Politik des FDGB für Frieden und Einheit

a) Die internationale Lage und der Kampf um den Frieden

Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe nicht die Absicht, euch in meinen Ausführungen eine gründliche internationale Analyse der Lage zu geben. Das ist erst vor kurzem auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durch die Reden von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl geschehen, und es ist für alle Gewerkschaftsfunktionäre notwendig, diese Reden aufmerksamer zu lesen, wie überhaupt alle Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei von uns aufmerksam studiert werden sollten; denn die Beschlüsse der politischen Partei der Arbeiterklasse geben auch den Gewerkschaften, den großen Massenorganisationen der Arbeiterschaft, Richtung und Ziel ihrer Tätigkeit.

Aus den beiden genannten Referaten von Pieck und Grotewohl ging der ganze Ernst der Kriegsgefahr hervor, und wenn beide von dem Lager der Kriegstreiber, unter Führung der herrschenden Clique der Vereinigten Staaten von Nordamerika, aber auch von dem großen, von der Sozialistischen Sowjetunion geführten Weltfriedenslager sprachen, so kann für niemanden ein Zweifel darüber bestehen, mit welchem dieser beiden Lager wir uns eng verbunden fühlen: Es ist das Lager des Friedens, das Lager der Freundschaft zwischen den Völkern, geführt von der Sowjetunion, welchem die Volksdemokratien, die den Weg zum Sozialismus beschritten haben, und die große chinesische Volksrepublik sowie die um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker

Rudolf Agsches
Stanislaus
VS Aufsatz

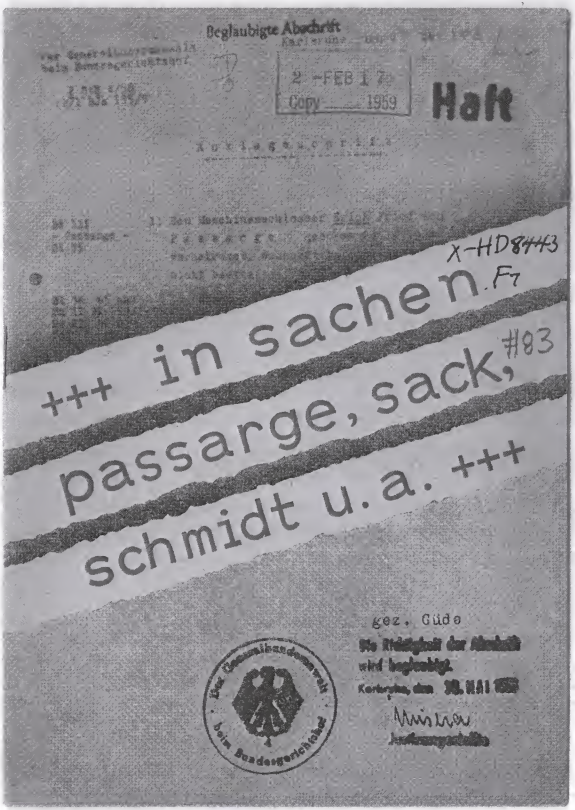
D-HDB443
.F7
#182



IM KAMPF FÜR FRIEDEN UND EINHEIT

DURCH DEN FÜNFJAHRPLAN

ZUM WOHLSTAND!


Beglaubigte Abschrift
2 -FEB 17
Copy 1959
Haft
X-HD8443
F7
+++ in sachen
passarge, sack, #83
schmidt u.a. +++
gez. Güde
Die Richtigkeit der Abschrift wird bestätigt.
Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

X-HD 8443
.F7
#84

An den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Düsseldorf
3 - MAY 24 1960
Copy

BERLIN, 7. April 1960

Werte Kollegen!

In wenigen Wochen tritt in Paris die Gipfelkonferenz zusammen. Sie wird Probleme behandeln, die für die ganze Menschheit und auch für unser ganzes deutsches Volk von außerordentlicher Bedeutung sind. Die Probleme der allgemeinen und totalen Abrüstung – das wichtigste aller Probleme der Völker der Welt –, ferner der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und die Lösung der Westberlin-Frage berühren die Lebensfragen unserer Nation.

Zweifellos ist das Zustandekommen der Gipfelkonferenz vor allem ein Ergebnis der erfolgreichen Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz, ein Erfolg des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse und aller Kräfte des Friedens der ganzen Welt. Auch die Arbeiter und die Gewerkschafter beider deutscher Staaten und mit ihnen das ganze deutsche Volk knüpfen große Erwartungen an die Gipfelkonferenz. Aber diese Erwartungen werden nur erfüllt werden, wenn die deutschen Arbeiter entsprechend ihrer nationalen Verantwortung vor dem deutschen Volke und ihrer internationalen Verantwortung vor den Arbeitern der Welt handeln und jene Kräfte zum Scheitern bringen, die einen guten Verlauf der Gipfelkonferenz zu stören suchen. Das sind – wie besonders die Politik der Herren Adenauer und Strauß beweist – die Kräfte des deutschen Militarismus!

Der deutsche Militarismus will die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation verhindern! Er mißachtet das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und setzt an seine Stelle sein Alleinbestimmungsrecht! Er, der das deutsche Volk und die Völker Europas schon in zwei Weltkriege stürzte, gefährdet mit seiner Atomrüstung die Zukunft unserer Nation. Er hat durch die Atomkriegsrüstung die Wiedervereinigung blockiert. Er bereitet den Bruderkrieg in Deutschland und den Überfall auf die Deutsche Demokratische Republik vor, was einen neuen Weltkrieg bedeuten würde. Völlig richtig stellte schon im September 1958 der Gewerkschaftstag Eurer IG Metall fest:

„Die Beteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten und eine Politik der Stärke verringern die Chancen der Wiedervereinigung, stellen den sozialen Standard in Frage und vergrößern die Gefahr militaristischer Einflüsse auf die gesamte Politik der Bundesrepublik. Die Aufrüstung der Bundesrepublik mit atomaren Waffen vergrößert diese Gefahr."

Diese Tatsachen wurden wiederholt von den Arbeitern beider deutscher Staaten und von ihren Gewerkschaften öffentlich angeprangert. Viele Versammlungen, Konferenzen und Kongresse auch der westdeutschen Gewerkschaften haben gegen die Atomrüstung protestiert. Wann aber hat der deutsche Militarismus je den Willen und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes geachtet? Er hat es weder in der Vorbereitung des ersten noch des zweiten Weltkrieges getan, er tut es auch heute nicht! Diese Erkenntnis lebt nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern dringt tief in die Kreise des Bürgertums hinein. In dem Kommunique über die gemeinsame Beratung von Vertretern des Bundesvorstandes des DGB mit Vertretern der Freien Demokratischen Partei vom 2. April 1960 heißt es:

„Die Gesprächsteilnehmer vertraten gemeinsam die Auffassung, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit die atomare Aufrüstung ablehne und daß dieser Wille des Volkes durch konsultative Befragung vor aller Welt sichtbar gemacht werden sollte."

Nichts aber ist dem deutschen Militarismus unangenehmer als eine freie, demokratische Willensäußerung des deutschen Volkes über die Lebensfragen der Nation. Entgegen dem Willen des Volkes, entgegen dem Willen besonders der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften wurde die Volksbefragung über die Atomrüstung unterdrückt. Entgegen dem Willen des Volkes führen die Militaristen die atomare Aufrüstung durch. Entgegen dem Willen des Volkes planen sie einen „Blitzkrieg" gegen die DDR, schmieden sie Revanchepläne gegen die Sowjetunion, Polen, die CSR und andere Länder. Entgegen dem Willen des Volkes planen sie die Vernichtung westdeutscher Städte und Dörfer ein und bereiten sie Evakuierungspläne für 15 Millionen Menschen vor. Entgegen dem Willen des Volkes arbeiten sie an einer Krankenversicherungsreform, durch die die Arbeiter mit ihrer Gesundheit für die Aufrüstung zahlen sollen. Entgegen dem Willen des Volkes wird rücksichtslos die Demokratie abgebaut, werden Notstandsgesetze verfaßt und die gewerkschaftlichen Rechte reduziert.

X-HD8443
.F7
#85

3 - JUL 24

Wo Gewerkschafter mit planen und regieren



X-HD8443
.F7

3 - JUL - 2 -
Copy 1962

#86

VERANTWORTUNG DER ARBEITERKLASSE FÜR DIE SICHERUNG DES WELTFRIEDENS

REDE N. S. CHRUSCHTSCHOWS
VOR DEM V. WELTGEWERKSCHAFTSKONGRESS

X-HD8443
.F7
3 - JUL - 2
Copy ____ 1962
#87

Die große Verantwortung

DISKUSSIONSREDE DES VERTRETERS
DER GASTDELEGATION AUS WESTDEUTSCHLAND
AUF DEM V. WELTGEWERKSCHAFTSKONGRESS

X-HD8445
.F7
3 - JUL - 2
Copy 1962
#88

Militarismus

AN RHEIN UND RUHR

schlagen

DISKUSSIONSREDE DES VORSITZENDEN DES
FDGB-BUNDESVORSTANDES, HERBERT WARNKE,
AUF DEM V. WELTGEWERKSCHAFTSKONGRESS

X-HD 8443
F7

DER

Ruf aus Moskau

#89

3 - JUL - 2
Copy ____ 1962



Auszüge aus Reden und Dokumenten des V. Weltgewerkschaftskongresses

X-HB.-F7
Gewerkschaft
X-HB 443.F7

Westberliner Metallarbeiter fragen – die IG Metall antwortet

#90

Warum wurden in den letzten Tagen Tausende von Kollegen entlassen?

So z. B. bei Schwartzkopff, Wedding; Auto-Union, Spandau; Lorenz, Marienfelde; Telefunken, Tiergarten.

Warum arbeiten weitere Tausende verkürzt?

Weil der größte Teil dieser Betriebe für ihre dem Frieden dienende Produktion keine Kredite und Rohstoffe erhält.

Man kann täglich in der Westpresse lesen:

„Der Westberliner Wirtschaft wird geholfen."

Warum aber verlagert man in letzter Zeit wieder viele Abteilungen und Betriebe nach Westdeutschland?

So z. B. von Siemens W. W. R. nach Erlangen und Karlsruhe.

Weil die Konzernherren und ihre ausländischen Freunde einsehen, daß die Zukunft Berlins nicht ihnen gehört. Sie benutzen unsere Stadt nur als Ausgangspunkt für ständige Störungen des friedlichen Aufbaus unseres Vaterlandes.

Warum organisiert die DGB-Führung gegen alle diese Dinge nicht den Kampf der Arbeiter?

Warum setzt sie sich nicht ein für die Forderung der Metallarbeiter nach 15 Pf Lohnerhöhung auf alle bestehenden Löhne?

Weil die DGB-Führung eine Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern und Konzernherren betreibt und das hindert natürlich eine konsequente Politik zum Wohle der Arbeiterklasse durchzuführen.

Galle, der Vorsitzende der IG Metall, ist Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Industriewerke in Spandau und erhält dafür von den Aktionären einen beträchtlichen Spesensatz. Das verpflichtet selbstverständlich und hindert daran, nur die Interessen der Westberliner Werktätigen zu vertreten.

X-HD P443
.E7

Kesselring mußte abtreten!

Jetzt kommt

H91

Hasso v. Manteuffel dran

Schreiber und Schwennicke wollen den Nazi-General Hasso von Manteuffel auf die Berliner Arbeiterschaft loslassen. Dieser Kriegsverbrecher und ehemalige Kommandeur der berüchtigten Hitler-Division „Großdeutschland" will am 7. April im Reinickendorfer „Schützenhaus" sprechen.

Die Zwangsrekrutierung droht!

Im Auftrag von Dulles und Adenauer sollte Kesselring im Januar Reklame für die EVG machen. Die Berliner Arbeiterschaft bereitete dem Bonner Stahlhelm-Vorsitzenden eine vernichtende Abfuhr.

Heute ist die Gefahr jedoch weit größer!

Mit dem Wehrpflichtgesetz hat Adenauer ganz offen die Verfassung gebrochen. Wie 1933 bei dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz hat Heuß auch diesmal mit seiner Unterschrift den deutschen Militaristen den Weg geebnet.

Die Jugendlichen im vorgeschobenen Frontstadt-Brückenkopf Westberlin sollen als erstes Kontingent in dem geplanten Aggressionskrieg gegen den Osten geopfert werden.

Deshalb kommt Hasso von Manteuffel nach Berlin.

Die Berliner Arbeiterschaft stellt sich jedoch geschlossen vor ihre Jugend. Nicht Wehrstellen, sondern Lehrstellen! Der EVG den Tod, dann haben alle Arbeit und Brot!

EVG — NEE!

Die Berliner Arbeiterschaft, ob im Westen oder Osten der deutschen Hauptstadt, trat im Januar gemeinsam und dadurch erfolgreich gegen

X-HD 84 93
.F7
#92

DER WEGWEISER

Mitteilungsblatt der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß, Groß-Berlin im FDGB



Der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland wird das Westberlin-Problem endgültig lösen.
(Außenminister Dr. Bolz in Genf.)

X-HDF447.F7
Germany
B-459

Metallarbeiter fordern nach wie vor den Kampf für 15 % Lohnerhöhung !

#93

Einstimmig haben über 200 Vertreter der IG Metall am Sonnabend in Kliems-Festsälen, gegen den Willen von Galle beschlossen, daß der 1. Mai ein Kampftag der Arbeiter bleibt und es keine gemeinsamen Demonstrationen mehr mit den Unternehmern geben darf.

Ein anderer Versuch von Galle, die Diskussion um den Lohn auszuschalten und Warnke als Bevollmächtigten auszubooten, ist ebenfalls gescheitert. Im Mittelpunkt der Vertreter-Versammlung stand der Kampf der Metallarbeiter für 15 % Lohnerhöhung. Selbst Warnke mußte erklären, daß in der Urabstimmung die Kollegen für Streik stimmten und nicht nur für Ablehnung des Unternehmer-Vorschlages, wie es Galle gewünscht hatte. Fast alle Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß man dem Kampf nicht mehr länger ausweichen darf.

Am Freitag, dem 6. März soll jetzt noch einmal mit dem Unternehmerverband verhandelt werden und man hat die Absicht, mit Hilfe des Schlichtungssenators und Metallwarenfabrikanten Fleischmann, den klaren Entscheid der Berliner Metallarbeiter für 15 % Lohnerhöhung mit einem faulen Kompromiß zu beenden. Das Kann und wird nicht geschehen. Nehmt das Beispiel der Schornsteinfeger auf, die geschlossen vor dem Haus des Senators Fleischmann demonstrierten und 16 Pfennige Lohnerhöhung erzwangen.

Unterstützt in den Betrieben die Verhandlungen am Freitag.
Zeigt und fordert unmißverständlich, daß Ihr gewillt seid, Eure Forderungen durchzusetzen.
Stärkt die Verhandlungskommission und rückt, wie damals zum Protest gegen die VAB-Zerschlagung, für eine Minute am Freitag, um 15.oo Uhr für 15 % Lohnerhöhung die Maschinen aus.
Sendet Delegationen und schickt Protest-Telegramm und Briefe.
Fordert Einberufung einer Funktionär-Konferenz am Dienstag, dem 10. März.
Die Funktionäre sollen dann die Einleitung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen beschliessen.

Vertreter ! Berichtet in allen Betrieben und Werkstätten von der Vertreter-Versammlung !

Metallarbeiter kämpft für 15 % Lohnerhöhung !

Die kämpfenden Metallarbeiter .

X-HD3520
H94

Der russische Arbeiter unter der kommunistischen Herrschaft

von Dr. W. Hoeffding

Buchdruckerei Gebr. Hoffmann, Charlottenburg, Schillerstr. 44.

GEWERKSCHAFTSFRAGEN

TANTSCHUK und STARCH

X-HD8526

#95

Schlichtung von Arbeitskonflikten

1 9 3 0

ZENTRAL-VÖLKER-VERLAG.

X-HD8526
H96

Das Los des Arbeiters in Sowjet-Russland



X-HD8525
497

20 Jahre UdSSR

A. Zápotocký:

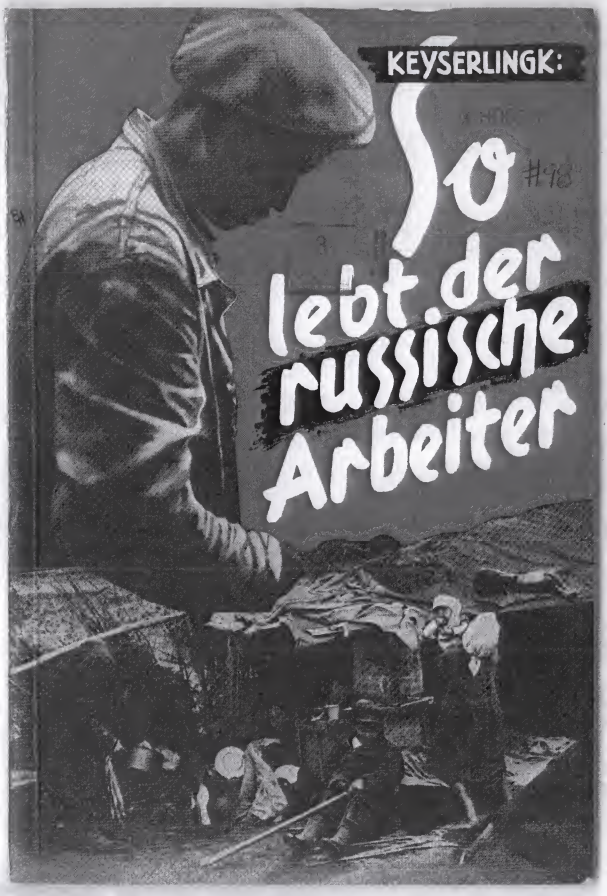
3
Copy
12

Die Gewerkschaften im Lande des Sozialismus

I. Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter; der Lohnfonds; soziale Belastung; die Preise der Lebensbedarfsartikel und Kaufkraft; die Lohnpolitik des sozialistischen Unternehmens; wie werden die Löhne bemessen.

II. Die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Aufgaben; die Struktur der Sowjetgewerkschaften; der Betriebsausschuß; Lösung der Arbeitskonflikte; die Arbeitsdisziplin; Verwaltung des Direktorenfonds.

III. Schlußwort.


KEYSERLINGK:
So
lebt der
russische
Arbeiter

X
24

X-HD6526

Zweckverband
der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns
Abteilung 3: Buchhaltung.

#99

Die Arbeiter
unter der
Räte-Republik
(Soziale föderative Sowjetrepublik)
in
Rußland.

3
Bay
47

Nach authentischen Quellen dargestellt von Ernst Lindenau.

Verlag von Curt Stockhausen, Nürnberg.
Druck: Buchdruckerei Wilhelm Gebald, Nürnberg.
Nachdruck verboten.